

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

29.7.1910 (No. 205)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 29. Juli

№ 205

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Auslandspolitik und Auswärtiges Amt in Amerika.

Das Washingtoner Auswärtige Amt hat eine Umgestaltung erfahren, die als eine Folge der Entwicklung der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten von Amerika anzusehen ist. Seit dem spanisch-amerikanischen Kriege haben für diese Macht die auswärtigen Beziehungen, in dem Maße wie die Union ihre frühere Isolierung aufgab und in die Weltpolitik eintrat, außerordentlich an Bedeutung gewonnen, und dementsprechend ist die Arbeit in dem Staatsdepartement gewaltig gewachsen. Der Staatssekretär, Philander Knox, erklärte schon im Januar vor der Kommission des Kongresses für auswärtige Angelegenheiten, daß das Personal seines Departements nicht mehr ausreichte, um die vielen neuen Fragen entsprechend bearbeiten zu können. Nunmehr hat er sich zu einer Umgestaltung des Staatssekretariats entschlossen, bei welcher nach geographischen und politischen Gesichtspunkten vier Abteilungen geschaffen worden sind: Die erste behandelt die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zu dem übrigen Amerika: Mexiko, Mittelamerika, Panama, Südamerika und Westindien; die zweite ist die Abteilung für westeuropäische Angelegenheiten und umfaßt England samt Kanada, Australien, Neuseeland und die übrigen britischen Kolonien (mit Ausnahme des oben genannten Westindien); ferner Frankreich, Marokko, Belgien und den Kongo, die Schweiz, Norwegen, Schweden, die Niederlande, Luxemburg, Dänemark und Liberia. Die dritte Abteilung begreift Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland, die Balkanstaaten, Italien, Aethiopien, Persien und Ägypten in sich und der vierten Abteilung sind die ostasiatischen Fragen zugewiesen. Im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Auswärtigen Amtes steht eine Reorganisation des diplomatischen Dienstes. Wie im Jahre 1906 der konsularische Dienst in dem Sinne neuorganisiert worden ist, daß die konsularischen Beamten nicht mehr auf Grund ihrer Parteibeziehungen ernannt, sondern in den Rahmen des normalen Staatsdienstes einbezogen werden, so wird dieses Prinzip jetzt auch auf das diplomatische Korps angewandt. Die Botschafter und Gesandten sollen in Zukunft aus den Reihen der Botschafts- und Gesandtschaftssekretäre hervorgehen. Ausstehende können jetzt nur noch zu dritten Botschaftssekretären ernannt werden und dann innerhalb des Dienstes zu den höheren Stufen aufsteigen. Für die Aufnahme in den diplomatischen Dienst wird eine Prüfung verlangt, die in Washington abzulegen ist und dem Aufnahmeexamen in den „Civil Service“ entspricht. Verlangt werden Kenntnis des Völkerrechts, mindestens einer fremden Sprache (Französisch, Deutsch oder Spanisch), der industriellen und kommerziellen Verhältnisse der Vereinigten Staaten von Amerika; weitere Prüfungsgegenstände sind amerikanische Geschichte und Staatsrecht, moderne Geschichte Europas, des romanischen Amerika und des fernen Ostens.

(Telegramme.)

Die Vereinigten Staaten und Liberia.

London, 28. Juli. Das Reuterbureau veröffentlicht eine Mitteilung über den Bericht, den der Staatssekretär des Auswärtigen, Knox, im März d. J. an den Präsidenten Taft bezüglich der Vorschläge der im vorigen Herbst nach Liberia entsandten Kommission erstattet hat. Hinsichtlich der Differenzen zwischen Liberia und anderen Mächten erklärt der Staatssekretär, Liberia allein sei hilflos. Nach seiner Meinung sei es erforderlich, daß den Vereinigten Staaten die Funktionen eines Anwalts für Liberia in allen internationalen Streitigkeiten übertragen werden. Falls der Präsident diesem Vorschlage zustimmt, wird das Staatsdepartement der Regierung von Liberia einen Vertragsentwurf zugehen lassen.

London, 28. Juli. Der Gesandte von Liberia in London machte Mitteilung über ein Angebot der Vereinigten Staaten an Liberia, die liberianischen Finanzen, seine militärische Organisation und seine landwirtschaftlichen Grenzfragen in Obhut zu nehmen und eine Anleihe für Liberia aufzubringen, an der amerikanische, deutsche und französische Banken sich beteiligen sollen. Der Gesandte erklärte, es sei völlig außer Frage, daß Amerika keinerlei Absicht habe, Liberia in Besitz zu nehmen. Amerika habe stets freundschaftliches Interesse für Liberia gehegt. Wenn Liberia Hilfe erbittet, so werde es Sorge tragen, ihm zu helfen. Die Regierung zu

Washington habe aber in dieser Angelegenheit niemals Schritte getan, ohne die englische, die französische und die deutsche Regierung um ihre Meinung zu fragen, alles mit Rücksicht auf eine freundwillige Politik, bei der Amerika sich in nichts einlasse, was einem Protektorat ähnlich sein würde. Die Anleihe werde sich wahrscheinlich auf 1 500 000 Dollars beziffern.

Wirtschaftlicher Beirat für die Kolonialverwaltung.

Der Staatssekretär des Reichskolonialamts hat, wie gemeldet, beschlossen, eine ständige Kommission zur Unterstützung der Kolonialverwaltung in wirtschaftlichen Fragen zu schaffen. Dieser Beschluß, mit dem der Staatssekretär v. Linderquist sein neues Amt einleitet, ist mit großer Befriedigung zu begrüßen, da die in Aussicht genommene Einrichtung die dauernde Fühlung zwischen Verwaltung und Praxis gewährleistet. Das Schreiben, das der Staatssekretär in der Angelegenheit unter dem 25. d. M. an die Berliner Handelskammer gerichtet hat, lautet wie folgt: Die große Anzahl wirtschaftlicher Fragen und Aufgaben, die von der Kolonialverwaltung auf dem Gebiete des Handels und der Industrie zu lösen sind, läßt es mir erwünscht erscheinen, in steter Fühlung mit Männern des praktischen wirtschaftlichen Lebens zu sein, welche besondere Sachkenntnis in ihrem Fache mit weitem Blick für das Wohl des Ganzen vereinigen. Das Zusammenarbeiten mit solchen berufenen Vertretern der wirtschaftlichen Praxis erscheint mir der beste Weg, um die Entwicklung unserer Kolonien zu fördern und ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen mit den Bedürfnissen der heimischen Volkswirtschaft in Einklang zu bringen.

Gewiß fällt der Privatinitiative, dem Fleiße, der Tüchtigkeit und der Kapitalkraft des einzelnen Siedlers, Kaufmanns und Pflanzers die Hauptaufgabe zu, und nichts liegt mir ferner, als eine Bevormundung der wirtschaftlichen Tätigkeit in unseren Kolonien. Aber diese letzteren sind seitens der Verwaltung in den der Kultur wenig erschlossenen Kolonialgebieten in viel höherem Maße als in alten Kulturstaaten noch die Wege zu ebnen. Die von der Verwaltung zu schaffenden Grundlagen für die wirtschaftliche Betätigung, wie beispielsweise Ausbau von Verkehrsstraßen aller Art, Ausdehnung der Geldwirtschaft, eine für die Schutzgebiete geeignete Regelung und Organisation des Kreditwesens, Ausbarmachung der Eingeborenen für die wirtschaftliche und kulturelle Arbeit, Organisation des Arbeitsmarktes sind noch nicht vollendet, wenn auch bereits beachtenswerte Fortschritte erzielt wurden. Aber auch über diese grundlegenden Aufgaben hinaus hat die Kolonialverwaltung noch weitere für die Kolonialwirtschaft zu erfüllen. Die Produktion selbst, die in entwickelteren Ländern in der Regel ihre eigenen Wege geht, ist zunächst noch mit Rat und Tat zu unterstützen, durch Einrichtungen, welche die Kräfte des einzelnen übersteigen. Die Verwaltung wird hier zunächst richtunggebend sein müssen, und dies um so mehr, wenn sie die bezeichneter Aufgabe, die Kolonien in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft zu entwickeln, erfüllen will. Es sei hier nur an die Produktion der Kolonialwaren und der für die deutsche Industrie notwendigen Rohstoffe, wie Wolle, Baumwolle usw. erinnert, bezüglich deren auch weiter auf die parallel laufende Tätigkeit des verdienstvollen kolonialwirtschaftlichen Komitees gerechnet wird. Dazu kommen ferner Fragen des Finanz- und Zollwesens. Bei der Lösung dieser Aufgaben können sachverständige Fachleute aus dem praktischen wirtschaftlichen Leben mit reichen Kenntnissen und Erfahrungen in ihrem Geschäftsbereiche die Kolonialverwaltung in hohem Maße unterstützen. Aus vorstehenden Erwägungen beabsichtige ich, eine ständige Kommission zur Unterstützung der Kolonialverwaltung in wirtschaftlichen Fragen der gekennzeichneten Art zu schaffen. Es ist beabsichtigt, die Kommission von Zeit zu Zeit zu gemeinsamen Sitzungen unter dem Vorsitz des Staatssekretärs einzuberufen, auch in einzelnen Fällen Gutachten von den Mitgliedern zu erbitten. Für die geographische Erschließung wirkt in ähnlicher Weise bereits seit Jahren mit gutem Erfolge die landeskundige Kommission, während für die rein landwirtschaftlichen Fragen mit dem deutschen Landwirtschaftsrat und der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, insbesondere deren vor Jahresfrist gegründeten Kolonialabteilung engere Fühlung genommen worden ist, die sich als sehr nützlich erwiesen hat.

Der Handelskammer wäre ich zu Dank verpflichtet, wenn sie aus ihrer Mitte oder ihrem Bezirke mir zwei für die „Ständige Wirtschaftliche Kommission der Kolonialverwaltung“ geeignete Herren wählen und mit der Erklärung, daß sie die Wahl angenommen haben, gefälligst bald benennen würde. Die von der Handelskammer Erwählten werden von mir zu Mitgliedern der Kommission ernannt werden. Ich habe mich mit der Bitte um Benennung von Vertretern noch an die Handelskammern in Köln (1), Chemnitz (1), Nürnberg (1), Bremen (1), Mannheim (1) und Hamburg (2) gewandt.
v. Linderquist.

Zur Begegnung des Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter mit dem Grafen Aehrenthal.

Der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter ist, wie gemeldet, gestern zu einem Besuch beim Grafen v. Aehrenthal in Marienbad eingetroffen. Dazu schreibt das Wiener „Fremdenblatt“: Diesem Zusammentreffen der beiden Staatsmänner wird man nicht bloß die Bedeutung einer Höflichkeitssite und die eines freundschaftlichen Gedankenaustausches zwischen Diplomaten beilegen, die einander seit vielen Jahren kennen, und die an eine frühere Übereinstimmung der Anschauungen anzuknüpfen in der Lage sind, sondern man wird, wenn auch keine aktuelle Frage Anlaß zu der Entree in Marienbad gibt, doch deren Wert nicht unterschätzen. Besonders aber wird der Staatssekretär, seiner ganzen Laufbahn entsprechend, seine Auffassung in der Behandlung der Orientfragen zur Geltung zu bringen vermögen, also derjenigen Fragen, an welchen unsere auswärtige Politik am meisten interessiert ist. Herr v. Kiderlen-Wächter ist einer der besten Kenner des europäischen Ostens. Als gewiegter Orientpolitiker tritt daher der neue Staatssekretär den Berliner Posten an, bringt aber als eine markante Persönlichkeit, die man längst in ihm erkannt hat, auch in den weiteren Gesichtskreis des neuen Amtes eigene Gesichtspunkte mit. Die Konferenzen dieses hervorragenden Diplomaten mit dem Grafen Aehrenthal werden sicherlich wertvoll sein. Eine gewisse Wesensähnlichkeit wird auch von den beiden Männern behauptet, die ihnen ein Zusammenarbeiten leicht und erwünscht machen muß. Unmittelbar wichtige Entschlüsse sind allerdings in Marienbad nicht zu fassen. Die allgemeine politische Lage hat sich erfreulicherweise geklärt und beruhigt; namentlich Deutschlands Beziehungen zu den Weststaaten sind in der günstigsten Entwicklung von der soeben erst die gehaltene bedeutende Rede des Ministerpräsidenten Asquith über die Flottenrüstungen Zeugnis gegeben hat. Ein günstiges Prognostikon darf man auch für die Balkansituation stellen. Die gemeinsame Auffassung der deutschen und österreichisch-ungarischen Politik, welche zu Ende des vorigen Sommers bei Bethmann-Hollwegs Antrittsbesuch in Wien festgestellt wurde, hat keine Veränderung erfahren, weder bezüglich der Türkei noch Aretas. Es liegt demnach für die verbündeten Kaiserreiche kein Grund zu einer neuerlichen Stellungnahme vor. Die Lage der Türkei ist allerdings nicht frei von Schwierigkeiten. Das Werk der inneren Konsolidierung setzt sich aber, ungeachtet solcher Schwierigkeiten, die sich einerseits neuestens in Albanien und Mazedonien durch die Nationalitätenfragen, andererseits durch den bisweilen zu stark betonten türkischen Nationalismus ergaben, doch stetig durch. Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich verfolgen diese Entwicklung mit vollen Sympathien für den türkischen Verfassungsstaat. Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter wird sich mit dem Grafen Aehrenthal in solchen Anschauungen zweifellos begegnen. Die Zusammenkunft in Marienbad wird eine neue Bürgschaft dafür bieten, daß die auswärtige Politik der beiden Reiche in voller Übereinstimmung und in frischem Zuge miteinander geht.

(Telegramm.)

Marienbad, 28. Juli. Staatssekretär von Kiderlen-Wächter machte gestern seine Aufwartung bei der Herzogin Wera von Württemberg und dem Bezirkshauptmann Prinzen von Liechtenstein. Nachmittags unternahm er eine Ausfahrt mit dem Grafen Aehrenthal und beteiligte sich dann bei diesem und der Gräfin am Diner. Da die beiden Staatsmänner seit ihrer gemeinsamen Dienstzeit in St. Petersburg persönlich eng befreundet sind, hat der

Besuch in Marienbad vorwiegend intimen Charakter. Der Staatssekretär wird auch heute in Marienbad verweilen und zumeist mit Graf Ahrenthal zusammen sein.

Abrüstungsgerüchte.

Der französische Senator Gervais hat am Dienstag im „Matin“ Mitteilung von einem angeblichen Plane des italienischen Königs gemacht, die Abrüstung in Flottenfragen herbeizuführen. Dieser Versuch sei vergeblich gewesen und Herr Gervais hat es offen gelassen, ob man in London oder in Berlin den Vorschlag des königlichen Friedensfreundes abgelehnt habe. Die „Tribuna“ ist weniger diplomatisch und weniger rücksichtsvoll als der französische Senator. Sie verkündet, daß Berlin dem Könige einen ablehnenden Bescheid gegeben hat. Dazu ist zu bemerken, daß man unseres Wissens in amtlichen Kreisen Berlins keine Kenntnis von einem solchen Vorschlage des italienischen Königs besitzt. Es ist niemals darüber diplomatisch verhandelt worden. Es könnte sich demnach nur um rein private völlig unoffizielle Anregungen und Andeutungen des Königs handeln. Das ist aber deshalb nicht recht wahrscheinlich, weil der italienische König sich streng innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen zu bewegen pflegt, so daß er es wohl den berufenen Staatsmännern überlassen würde, derartige internationale Angelegenheiten in Anregung zu bringen. Abgesehen davon, ist der angebliche Vorschlag des Königs auch materiell gar nicht zu verwirklichen. Man soll einen Maximaltonnagegehalt der Kriegsschiffe festsetzen und für die von jeder Nation zu bauende Zahl von Schiffen das Nationalvermögen zum Maßstabe nehmen. Für eine solche Frage kann natürlich nicht das Nationalvermögen maßgebend sein, sondern darüber werden die politischen Notwendigkeiten zu entscheiden haben. Selbst wenn beispielsweise Österreich-Ungarn ein ebenso großes Nationalvermögen besäße wie Deutschland, würde es doch viel weniger Kriegsschiffe brauchen, weil es eine viel geringere Küstenausdehnung besitzt, weil sein überseeischer Handel wesentlich kleiner ist und weil es Kolonien überhaupt nicht zu verteidigen hat. Aber selbst wenn man einen minder fragwürdigen Maßstab anlegen wollte, so wird eine Sistierung durch internationale Majoritätsbeschlüsse deswegen kaum möglich sein, weil die Bedingungen für jeden Staat so verschiedenartig sind und die politischen Konstellationen so schnell wechseln können, daß man wohl schwerlich eine allen geographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen und allen möglichen Eventualitäten gerecht werdende Küstungsabgrenzung für alle Staaten wird feststellen können.

(Telegramme.)

* Köln, 27. Juli. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin telegraphiert: Italienische Blätter melden, Italien trage sich mit Abrüstungsplänen, werde aber darin von Deutschland gehindert. Man kann annehmen, daß Italien mit derartigen Vorschlägen nicht an Deutschland herantrat und daß dieses daher auch nicht Gelegenheit hatte, zu ihnen irgendwie Stellung zu nehmen.

Ausstände.

(Telegramme.)

* Hanau, 28. Juli. Das dem deutschen Transportarbeiterverband angeschlossene Personal der Hanauer elektrischen Straßenbahn, sowie das Personal der Werkstätten der elektrischen Straßenbahn in Hanau, ist infolge Differenzen mit der Betriebsleitung in den Ausstand getreten. Die Differenzen mit der Betriebsleitung der Straßenbahn sind entstanden durch einen Zeitungsartikel, den diese veröffentlichte und in dem das Publikum gewarnt wurde, den Schaffnern Extraabsonne von Zeitkarten als Trinkgeld zu geben, da dies die Angeestellten zu betrügerischen Manipulationen verleite. Hierin erblickte das Personal eine Beleidigung, die es mit der Arbeitsniederlegung beantwortete.

* Barcelona, 28. Juli. Die Ausständigen haben die Arbeiter dreier Fabriken bewogen, die Arbeit niederzulegen. Mehr als 16 Dampfer warten auf Löschung der Ladung.

* Chicago, 28. Juli. Der Generalstreik der Bauarbeiter der Stadt ist beschlossen und proklamiert worden. Er wird sich voraussichtlich unmittelbar auf 18 000 Arbeiter erstrecken und mittelbar auf weitere 10 000.

Das Urteil im Prozeß Rochette.

(Telegramme.)

* Paris, 28. Juli. Wider Erwarten wurde gestern im Prozeß gegen Rochette und Genossen schon das Urteil gefällt. Es lautet gegen Rochette auf 2 Jahre Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe, gegen Lecacheux auf 4 Monate Gefängnis und 1000 Franken Geldstrafe, gegen Crevecoeur und Demayer auf 5000 Franken Geldstrafe und gegen Capdeville auf 2000 Franken Geldstrafe.

Die Begründung des Urteils umfaßt 232 Seiten. Bankier Rochette wurde als überführt befunden, Aktien ungesetlich von kontrahierten Gesellschaften emittiert, gefälschte Dividenden verteilt, Bilanzen verschleierte, unrichtige Kurse publiziert und günstige Resultate vorgegaukelt zu haben, um neue Subskriptionen und Einzahlungen zu veranlassen. — Die parlamentarische Kommission verurteilte gestern, nachdem die Verurteilung Ro-

chettes bereits bekannt geworden war, den fingierten Kläger gegen Rochette, Picheron. Dieser erklärte, nur unter dem Druck des Rabinetschefs des Polizeipräsidenten Durand, des Senators Brewet und des Bankiers Gaudrion gehandelt zu haben. Bankier Gaudrion sagte aus, daß Picheron nur als Strohmann figurierte und er ihm für Einreichung der Klage 25 000 Franken bot. Infolge dieser sensationellen Aussage sandte die Kommission sofort zu dem Rabinetschef des Polizeidirektors Durand und dem Staatsanwalt Monier.

* Paris, 28. Juli. Alle Morgenblätter besprechen lebhaft die Enthüllungen, die die gestrige Sitzung der parlamentarischen Untersuchungskommission in der Rochetteangelegenheit gebracht hat. Unter anderem schreibt Saurès in der „Humanité“: „Es kann nicht genügen, die Einzelheiten der Intrigen zu enthüllen und die Verantwortlichkeiten festzustellen. Man muß auch an die Zukunft denken. Eine der ersten Sorgen des Parlaments muß es sein, das Kapital gegen Manöver jeder Art zu schützen, die es bedrohen.“ — Der „Figaro“ erklärt, es bedürfte keiner Untersuchung: es wäre Sache des Justizministers gewesen, sich zu unterrichten und unverweilt seinen Ermittlungen die erforderlichen Maßregeln folgen zu lassen. — Der „Saulois“ führt aus: Es gibt keine Sicherheit mehr, für niemanden, wenn der erste Wette, der sich von irgend einem bezahlen läßt und ein Interesse an eurer Vernichtung hat, Klage gegen euch vorbringen kann bei „gefälligen Behörden“.

Aus dem englischen Parlament.

(Telegramme.)

* London, 27. Juli. Unterhaus. Premierminister Asquith erklärte heute bei der zweiten Lesung der Gesetzesvorlage betr. die Erklärung der Thronbesteigung, die Vorlage sei nicht zu Parteizwecken eingebracht, sondern nur zu dem Zweck, den König von der Notwendigkeit zu entlasten, bei Beginn seiner Regierung in der Öffentlichkeit eine Erklärung abzugeben, welche für Millionen seiner loyalen Untertanen fränkend sein würde. Die Regierung habe sich gesagt, daß jeder Vorschlag zu einer Änderung der Erklärung unermesslich Anlaß zu erheblichen Mißverständnissen und zur Opposition geben würde. Asquith besprach alsdann die Einwürfe, die davon ausgehen, daß die vorgeschlagene Erklärung die protestantische Thronfolge nicht ausreichend zu sichern vermöge, und ebenso die gegen den von der Regierung vorgeschlagenen Wortlaut erhobenen Bedenken. Die protestantische Thronfolge sei durch die Gesetzgebung von 1689 vollkommen sichergestellt. Die Erklärung bei der Thronbesteigung bedeute an sich tatsächlich keine Sicherung, der Vorschlag, sie abzuschaffen, würde jedoch einen ersten Widerstand hervorrufen. Er gebe zu, daß die gegen den vorgeschlagenen Wortlaut erhobenen Einwände nicht ohne Gewicht seien, und beantrage daher folgende Abänderung des Wortlauts an Stelle desjenigen der Gesetzesvorlage: Der Souverän solle sich feierlich selbst als getreuen Protestanten bekennen und versprechen, nach seinen besten Kräften die Gesetze zu halten und aufrecht zu erhalten, welche die protestantische Thronfolge als einzig mögliche sicherstellen. Asquith kündigte sodann an, daß er am Freitag eine Erklärung über die Detokonferenz abgeben werde.

Robartes (lib.) beantragte die Ablehnung des Gesetzesentwurfes betreffend die Erklärung bei der Thronbesteigung. Balfour erklärte, er könne nicht einsehen, wie die protestantische Thronfolge dadurch gefährdet werden könne, daß der König sich als getreuen Protestanten erkläre, während er sich die Freiheit der Aktion vorbehalte; er würde dem Vorschlage nicht entgegenstehen, den Asquith heute gemacht habe. Der Obersekretär für Irland gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß eine Form für die Erklärung gefunden sei, welche die protestantische Thronfolge vollaus sichere und dabei keine religiöse Gemeinshaft verletze. Der Antrag auf Zurückweisung des Gesetzesentwurfes wurde sodann mit 410 gegen 84 Stimmen abgelehnt und die Bill in zweiter Lesung erledigt.

Vom Balkan.

(Telegramme.)

* Konstantinopel, 27. Juli. Die Pforte beauftragte ihre Vertreter, die Aufmerksamkeit der Mächte auf die angekündigte Kandidatur Venizelos für die griechische Nationalversammlung hinzuwirken, dabei die friedlichen Absichten der Pforte hervorzuheben und die Kabinette der Schutzmächte zu ersuchen, das Nötige zu veranlassen, damit die aus der Kandidatur erwachsenden Komplikationen vermieden werden. — Der Pforte nahe stehende Kreise sind der Ansicht, Venizelos müßte vor der Annahme des Mandats für die Nationalversammlung seine Stellung als Mitglied der Regierung Kretas niederlegen.

Die strittigen Kirchen in Mazedonien.

* Konstantinopel, 27. Juli. Das Ökumenische Patriarchat setzt seine Aktion, die darauf abzielt, die Durchführung des Gesetzes über die strittigen Kirchen und Schulen in Mazedonien zu verzögern und die Ansprüche des Patriarchats auf den Besitz dieser Anstalten durchzusetzen, mit großem Eifer fort. Die beiden Spezialkommissionen des Patriarchats arbeiten an dem Entwurf eines Programms für die Einberufung der Na-

tionalversammlung und der örtlichen Synode, welche sich über das erwähnte Gesetz äußern und eine Denkschrift an die Großmächte vorbereiten sollen. Die Angriffe der türkischen Presse wegen des die Anrufung Europas betreffenden Entschlusses sind ohne Eindruck auf das Patriarchat geblieben. Das letztere beabsichtigt sogar, sich in dem Falle, daß das Unterrichtsministerium auf der Forderung der Entlassung derjenigen Lehrer an griechischen Schulen in der Türkei, die griechische Untertanen sind, bestehen sollte, gleichfalls an Europa zu wenden und bis zu einem Erfolge dieses Schrittes die griechischen Schulen gesperrt zu halten.

Ein Aufruf des Komitees „Einheit und Fortschritt“.

Das Zentralkomitee „Einheit und Fortschritt“ erläßt anläßlich des zweiten Jahrestages der Verfassung an die jungtürkische Partei einen Aufruf, in dem es heißt: Die gegenwärtige Regierung genießt das volle Vertrauen des Komitees; sie sei darauf bedacht, den wahren Bedürfnissen des Vaterlandes zu dienen und für die Schaffung einer starken Armee und Flotte zu sorgen, die lediglich die Aufgabe zu erfüllen haben werden, die Grenzen des Reiches zu sichern, nicht aber die Nachbarstaaten zu bedrohen. Die Kirchen- und Schulfrage ist auf Grund eines von Kabinett, Parlament und Senat gutgeheißenen Gesetzes geregelt worden. Das Patriarchat hat Unrecht, wenn es fortfährt, dagegen zu agitieren. Die vom Parlament während der letzten Session geleistete Arbeit wird vom Komitee in manchen Punkten bemängelt. Man hatte eine erprießlichere Tätigkeit erwartet, insbesondere eine raschere Erledigung des Budgets. Das Komitee rechnet damit, daß die dritte Session eine emsigere Tätigkeit des Parlaments mit sich bringen werde. Hinsichtlich der Aretangelegenheit betont das Komitee, es habe aus der Haltung der Schutzmächte die Überzeugung gewonnen, daß dieselben sich bestreben, eine der Türkei günstige Lösung herbeizuführen. Die Regierung ist übrigens bemüht, allzu idealistische Wünsche dieser Richtung entgegenzuwirken.

Grossherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 28. Juli.

* Vom 1. August ab können im Verkehr zwischen Deutschland und dem internationalen Postanweisungsdienst zugelassenen Postanstalten in Griechenland Beträge bis zu 1000 Franken durch telegraphische Postanweisungen übermittelt werden. Über die näheren Bedingungen erteilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

* (Gewerbegerichtswahlen.) Am Dienstag fanden hier bei schwacher Beteiligung die Wahlen zum Gewerbegericht statt. In der Besetzung des Gewerbegerichts tritt keine wesentliche Veränderung ein. Von den Arbeitgebern haben die Gewerbe- und Handwerkervereine 10 Sitze, das Gewerkschaftskartell 2 Sitze inne. Bei den Arbeitnehmern stellt das Gewerkschaftskartell 10 Beisitzer (bisher 11), während die christlichen Gewerkschaften mit 2 Beisitzern vertreten sind.

* (Für die Hochwasserbeschädigten in Baden.) Herr Krupp von Bohlen-Halbach und Frau in Essen liehen Herrn Oberbürgermeister Siegriff den Betrag von 5000 M. als Spende für die durch Hochwasser Beschädigten des Großherzogtums Baden überweisen.

* (Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehr.) Am Mittwoch abend 6 Uhr fand am Großh. Hoftheater die Hauptübung der Freiwilligen Feuerwehr statt, wozu sich ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte. Unter den Anwesenden bemerkten wir seitens der Hofverwaltung Wirk. Geh. Rat Präsident Dr. Nicolai und Oberhofbaumeister Amersbach; die Staatsbehörde war durch den Amtsvorstand, Geh. Regierungsrat Freiherrn v. Krafft-Ebing, und Polizeidirektor Schaible; die Stadt durch Oberbürgermeister Siegriff, Bürgermeister Dr. Paul sowie die Stadträte Käppele und Schleich vertreten. Kurz nach 6 Uhr ließ Kommandant Heuser die Feuerwachen rufen, die mit dem automobilen Mannschaftswagen rasch am Platz war. Es folgten gleich darauf die 1. Kompanie, die 2., 3., 4. Kompanie und die Wohnhausfeuerwehr. Die Feuerwache mit dem automobilen Mannschaftswagen nahm an der Vorderfront Aufstellung, die zugehörige Drehleiter wurde an die südliche Seite dirigiert. Die 1. Kompanie mit der Bahnhoffeuerwehr stand auf der nördlichen Seite, die 2., 3. und 4. Kompanie hatte die südliche Front neben der Drehleiter eingenommen, so daß die Übung ihren Anfang nehmen konnte, und zwar mit einem Windangriff, welcher nach der gegebenen Idee ausgeführt wurde. Nach einer zweimaligen Wassergabe war die eigentliche Übung beendet, die unter Leitung der Kommandanten Heuser und Stolz einen befriedigenden Verlauf nahm. Hieran anschließend fand dann eine vergleichende Spritzenprobe zwischen den beiden Dampfstrichen und der Automobilspritze statt. Mächtig ergossen sich die Strahlen und wenn auch manchmal alle drei Strahlen gleich waren in Höhe und Stärke, so kam der Automobilspritze das ruhige Arbeiten zuflute, wodurch der Strahl gleichmäßiger war und der Schlauchführer hierdurch ein leichteres, ruhigeres Arbeiten hatte. Der Vergleich fand großes Interesse bei den Zuschauern. Nach Beendigung dieser interessanten Vorführung fand am Ministerium des Innern der Vorbereitungsbericht vor den Gästen statt, womit die Veranstaltung ihr Ende erreichte.

* (Briefmarkenausstellung in der Eintracht.) Die noch weitverbreitete Ansicht, das Briefmarkensammeln sei Spielerei, teilt nur derjenige, der der Philatelie fernsteht. Wer sich nur kurze Zeit mit derselben befaßt, wird erkannt sein, zu erfahren, daß in den niedersten bis in die allerhöchsten Kreise in Deutschland weit über 2 Millionen Briefmarkensammler der Philatelie huldigen. Viele Millionen von Mark sind in den Sammlungen festgelegt. Karlsruhe selbst beherbergt eine überaus große Anzahl treuer Anhänger des Briefmarkensportes. Um zu zeigen, was auf diesem Gebiete geleistet werden kann, haben sich die Vereine „Bereinigung Karlsruher Briefmarkensammler“ und der „Briefmarkensammlerverein“ entschlossen, anläßlich des hier tagenden deutschen Ring- und Sammelertages eine Briefmarkenausstellung zu veranstalten. Dieselbe ist am 27., 28. und 29. August in den Sälen der Eintracht, Karl Friedrichstraße, geöffnet. Da dies in Karlsruhe die erste Ausstellung dieser Art sein dürfte, ist ein zahlreicher Besuch zu erwarten.

(Stadtgartenfongerie.) Von Freitag den 29. d. M. an werden die im Stadtgarten üblichen **Vertagsfongerie** der kühnen Witterung wegen wieder nachmittags 4 Uhr stattfinden.

(Aus dem Polizeibericht.) Auf freier Tat wurde hier der **Manfardeneinbrecher** Franz Joseph Thoma, Schlosser aus Freiburg, 32 Jahre alt, festgenommen. In dessen Besitz befanden sich vier Ringe, die gestohlen sein dürften, und zwar ein Damenring mit Opal, ein Damenring, oben verschlungen mit einem kleinen Opal und einem kleinen roten Stein, ein Eherring und ein Herrenring mit länglichem, grünem Stein, die auf dem Bureau der Kriminalpolizei angesehen werden können. Angaben über den hiesigen Aufenthalt (Wohnung usw.) des Einbrechers wollte man sofort der Kriminalpolizei mitteilen. — Ferner wurden verhaftet ein 29 Jahre alter Koglöhner aus Daglanden wegen Diebstahls, ein 29 Jahre alter Bäder aus Landau und 27 Jahre alter Bäder aus Nürnberg wegen Diebstahlsverdacht, ein 24 Jahre alter Former aus Gratz wegen Aufstörung und Beleidigung.

S. Mannheim, 27. Juli. Der **Bürgerausschuß** hielt gestern seine letzte Sitzung vor den Sommerferien ab, in der die wichtige Vorlage der **Wasser- und Abwasserreinigung** der Stadt Mannheim auf der Tagesordnung stand. Im Kollegium bestand von vornherein wenig Neigung, den Vertrag, den die Stadt mit der neu zu gründenden Rheinischer Wasserwerksgesellschaft abzuschließen beabsichtigt, gutzuheißen. Von freisinniger Seite wurde erklärt, daß der Vertrag zu viel Unklarheiten enthalte und die Sozialdemokraten waren für völlige Ablehnung der Vorlage, weil ihnen der Kaufpreis von 1 Million Mark für das Rheinischer Wasserwerk zu hoch erscheint. Eine Viertelmillion würde zu viel bezahlt. Der Oberbürgermeister wies zwar darauf hin, daß man nicht mehr als eine Interessengemeinschaft durch Beteiligung mit einem Kapital von 300 000 M. erreichen könne, daß die Vorlage sehr dringlich sei, mit Rücksicht auf die schwebende Eingemeindung von Rheinau, daß der Stadtrat geglaubt habe, kaufmännisch zu handeln, wenn er die Interessengemeinschaft eingiehe — aber alle diese Argumente konnten keine Sinnesänderung erreichen. Nahezu einstimmig wurde die Vorlage an eine 14gliedrige gemischte Kommission verwiesen, die sich nach der Sitzung sofort konstituierte. Es ist möglich, daß in der Ferienpause wegen dieser Vorlage das Kollegium nochmals zusammengerufen wird. In der Vorlage, durch die das Gelände der Zuderraffinerie in der Unterstadt erschlossen werden soll, wollte die Stadtverwaltung durch eine mehr krümmelige, gebrochene Straßenführung ein reizvolles Städtebild schaffen. Die Mehrzahl der Redner aber erklärte, wir wollen gerade Straßen. Die krümmeligen Straßenzüge gehören in die neuen Stadtteile. Und so kam es, daß das Projekt 1 mit der vom Stadtrat befürworteten ästhetischen Note unter den Tisch fiel und das Projekt 2 mit den geraden Straßen, für das der Stadtrat sofort einen Antrag bei der Hand hatte, akzeptiert wurde. Die übrigen Vorlagen wurden angenommen. — Der **Spar- und Bauverein**, e. G. m. b. H., der seit seinem 15jährigen Bestehen in der Außenstadt 25 Wohnhäuser mit 172 Wohnungen errichtet hat, plant die Erstellung einer Anzahl **Gartenstadtwohnungen**. Zunächst sollen zwölf Ein- und Zweifamilienhäuser mit Gärten errichtet werden. — Das an der Heidelbergerstraße gelegene **Hotel Viktoria** wurde von der **Viktoriahausgesellschaft** m. b. H. zu 310 000 M. ersteigert. Das Hotel war zu 340 000 M. taxiert, erlaubte Zubehör im Werte von 26 614 M.

w. Mannheim, 28. Juli. Gestern Abend halb 11 Uhr brach in der **badischen Nilin- und Sodafabrik** in Ludwigshafen **Großfeuer** aus. Im Gebäude Nr. 270, in dem Anhydrit fabriziert wird, entstand eine Explosion, wodurch der Bau binnen kurzem vernichtet wurde. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 28. Juli. Zur Abschiedsfeier für den scheidenden Staatssekretär Freiherrn v. **Schoen** hatten sich gestern Abend die Beamten des Auswärtigen Amtes im großen Saale des Kaiserhofes zahlreich versammelt. Als Senior der Tafelrunde brachte der Direktor der Rechtsabteilung, Wirklicher Geheimer Rat v. **Franke**, das Hoch auf Seine Majestät den Kaiser aus. Er gedachte hierauf in längerer Rede der Verdienste des Freiherrn v. Schoen um die Entwicklung des seiner Leitung unterstellten Amtes.

Wien, 27. Juli. Der Abschluß des Handelsvertrags zwischen **Osterreich-Ungarn und Serbien** wird in der Presse lebhaft besprochen. Unter anderem führt das „N. W. Tagblatt“ aus, daß die beiden Staaten in der Lage wären, sich allerlei unangenehme Dinge, die sich während der letzten Jahre ereignet haben, zu erzählen. Nun aber, da der Handelsvertrag perfekt sei, heißt es, die Schäden wegzumachen, die die Politik der Wirtschaft geschlagen. In der vertragslosen Zeit habe sich die deutsche Industrie in Serbien festgesetzt und Serbien habe andere Abgabengebiete gefunden. Das gebe einen Nachgeschmack, der überwunden werden müsse. Der Handelsvertrag sei nun da und man könne der Monarchie und Serbien gratulieren. Jetzt wäre es an der Zeit, zu zeigen, daß Osterreich-Ungarn sich der Rechte und Pflichten bewußt ist, die die Nachbarschaft des Orients auferlegt, man mache praktische Arbeit auf dem Balkan.

Budapest, 28. Juli. Die **Indemnitäts- und die Rekrutierungsvorlage** wurden gestern vom Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit angenommen. Hierdurch wird der außerordentliche Zustand beendet, welcher durch Ablehnung des Staatshaushaltsgesetzes und die Verweigerung der Rekrutenbewilligung entstanden war.

Paris, 28. Juli. Die **Handelskammer** von Reims richtete einen Protest an den Handelsminister gegen die Erhöhung der deutschen Zölle auf Weine, Riquaire und Parfümerieartikel, besonders aber auf Champagner.

St. Petersburg, 27. Juli. Nachdem die Vertiefung des **Seefanals des St. Petersburger Hafens** bis auf 26 Fuß vollendet ist, passierte ihn heute als erstes Schiff das neue in St. Petersburg erbaute Kriegsschiff „**Andrei Perwoswani**“, das einen Tiefgang von 25 Fuß hat, auf der Fahrt von St. Petersburg nach Kronstadt.

Helsingfors, 27. Juli. Der Generalgouverneur forderte den **Prokurator des finnischen Senats** auf, die Zeitung „**Karlaja**“ wegen einer für die russische Armee beleidigenden Notiz und wegen der Veröffentlichung geheimer Maßnahmen der Militärverwaltung zur Verantwortung zu ziehen. Gegen 18 andere finnische Blätter soll wegen Abdruck des Artikels in gleicher Weise vorgegangen werden.

Konstantinopel, 27. Juli. Das Gericht von einem **französisch-türkischen Zwischenfall** in Tuncien ist unbegründet; dagegen erstattete der Gouverneur von Tripolis Bericht über einen Kampf zwischen einem französischen Detachement in Tunesien und Beduinen, die nicht türkische Untertanen sind.

Havana, 28. Juli. Die **Instruktion des Generals Miniet** ist unterdrückt. Miniet wurde mit zwei seiner Anhänger gefangen genommen. Die übrigen Meuterer sind entflohen.

Columbus (Ohio), 27. Juli. Die republikanische Konvention des Staates nahm eine Plattform an, welche den Leistungen des Präsidenten Taft während des 61. Kongresses warme Anerkennung zollt und sie als unerreicht in der Geschichte der Vereinigten Staaten bezeichnet, und in der erklärt wird, daß kein Tarifgesetz je ungerechter angegriffen worden sei, als das, welches im letzten Jahre zur Annahme gelangte. Die Bill habe die Erwartungen der Befürworter vollständig erfüllt dadurch, daß sie das nationale Defizit in einen Überschuß verwandelt habe, während gleichzeitig der Durchschnittsatz aller Steuern vermindert worden sei. Man erwartet, daß die Plattform den Plattformen aller Staaten zum Muster dienen wird.

Verschiedenes.

Von der Luftschiffahrt.

Bitterfeld, 28. Juli. Gestern Abend 10 Uhr ist das für München bestimmte neue Luftschiff „**M. 6**“ bei frühem Winde zu einer kurzen Probefahrt aufgestiegen. Die Führung hatte wiederum **Oberleutnant Stellung**. Außerdem befanden sich noch sechs Personen in der Gondel. Nach 20 Minuten erfolgte eine sehr glatte Landung.

Wetzlar, 28. Juli. Gestern nachmittags zwischen 4 Uhr 40 Min. und 4 Uhr 50 Min. flogen alle drei Militär-Luftschiffe, „**Z 1**“, „**P 1**“ und „**M 11**“ auf, kreuzten mehrere Stunden über dem Reichsbild der Stadt und der Umgebung und landeten zwischen 8 Uhr 15 Min. und 8 Uhr 25 Min. abends glatt wieder vor der Halle. (In der Gondel des „**M. 11**“ entstand wahrscheinlich infolge Auslaufens des Benzins ein Brand, so daß die hellen Flammen aus der Gondel herausströmten. Glücklicherweise konnte das Feuer von den Insassen bald gelöscht werden.)

Die Fernfahrt des Luftschiffs „**M. 3**“.

Berlin, 28. Juli. Gestern Abend 11 Uhr ist das Luftschiff „**M. 3**“ unter Führung des Majors **Grosch** bei einer Windstärke von 3,5 Sekundenmetern vom Tegeler Schießplatz aufgestiegen und in südwestlicher Richtung im Dunkel der Nacht verschwunden. Major **Grosch** beobachtet, unter Umständen die Fahrt zu einer Fernfahrt bis **Wolfs** auszubehalten.

Erfurt, 28. Juli. Das Luftschiff „**M. 3**“, welches gestern Abend in Tegeler aufgestiegen war, passierte heute früh 6 Uhr 15 Min. Erfurt, 7 Uhr Gotha. Es führte mehrere Schleifen über der Stadt aus und nahm dann Richtung nach Eisenach, wo es 7 Uhr 20 Min. gelandet wurde.

Meiningen, 28. Juli. „**M. 3**“ überflog um 9 Uhr die Stadt in der Richtung nach **Roßburg**. In Eisenach hatte das Luftschiff vor der Abfahrt eine Schleifenfahrt um die Wartburg gemacht. Um 12 1/2 Uhr ist „**M. 3**“ bei der Ballonhalle glücklich gelandet.

Berlin, 28. Juli. Die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**“ teilt mit, daß der kaiserliche Konsul für **Kairo**, **Freiherr v. Falkenhäuser**, vom 3. bis zum 6. August und am 8. August im **Hotel Kaiserhof** in Berlin für Interessenten, die über die Handelsverhältnisse Ägyptens Auskunft wünschen, zur Verfügung stehen wird.

Berlin, 28. Juli. Wie gemeldet, hatten die in Sachen der **Niederdeutschen Bank** in Dortmund zusammengetretenen Banken durch eine Prüfung festgestellt, daß die Lage der Bank ganz hoffnungslos ist. Es wurde daher von der in Erwägung gezogenen Hilfsaktion Abstand genommen. Die Bankengruppe hat nunmehr beschlossen, den kleinen Gläubigern der Niederdeutschen Bank durch möglichst baldige Barauszahlung eines Teiles ihrer Forderungen zu Hilfe zu kommen.

Berlin, 28. Juli. Der auf dem Postamt 17 am Schlesienschen Bahnhofe beschäftigte Briefträger **Ludwig Bergmann** hat 50000 Mark bares Geld, das er vom Paketraum des Postamtes nach der Briefausgabe bringen sollte, unterschlagen und damit die Flucht ergriffen.

Hamburg, 28. Juli. Die **Hamburg-Amerika-Linie** hat die Werkstätte und Werk mit dem Bau eines großen, nach dem System der Dieselmotoren betriebenen Schiffes beauftragt, welches für die Fahrt zwischen Hamburg, New York und Philadelphia bestimmt ist und zwischen 8000 und 9000 Tonnen Ladung aufnehmen wird. Der Abschluß erfolgte auf Grund eines vorher zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und der Standard-Oil-Company geschlossenen Vertrages, wonach letztere das für den Betrieb des Motorschiffes nötige Petroleum liefert. Das Motorschiff soll eine Geschwindigkeit von ca. 12 1/2 Meilen erhalten.

Bad Deyenhausen, 28. Juli. Gestern Abend 10 Uhr fiel bei einem von der Kurverwaltung im Kurpark veranstalteten Feuerwerk ein Feuerwerkskörper in den Wehlfeld, in dem sich die übrigen Feuerwerkskörper befanden. Es erfolgte eine Explosion, wobei die Frau des Werkmeisters **Silken** getötet und drei weitere Personen schwer verletzt wurden.

Leipzig, 28. Juli. Durch die Ergreifung des **Kellners Koppius** sind auch andere früher begangene Verbrechen aufgeklärt worden. Wie die von Staatsanwalt **Dr. Mähle** geleitete Untersuchung ergab, handelt es sich bei dem Verhafteten u. a. um den Attentäter, der 1906 den Geldbriefträger **Mübner** überfallen hat. Ferner ist festgestellt worden, daß **Koppius** auch noch mit dem Mörder der **Friedrichschen Eheleute** identisch ist. Auch der Überfall auf die **Frau Wagner** in der **Gottschalkstraße** in Leipzig wird auf sein Konto zu setzen sein. Ein Stiefbruder des Verhafteten hat sehr belastende Aussagen gemacht, die von anderen Personen unterstützt werden.

St. Gallen, 27. Juli. Während eines schweren Gewitters schlug der Blitz in die Schutzhütte des Schweizer Alpenvereins am **Alvier** (2300 Meter hoch) im St. Gallener Oberlande. Die vier Insassen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Wien, 27. Juli. Der **Internationale Blindentongress**, an dem zahlreiche Vertreter Osterreich-Ungarns, Deutschlands, Rußlands und Griechenlands teilnehmen, ist gestern hier eröffnet worden.

Gratz (Steiermark), 28. Juli. Seit Samstag werden zwei Touristen, die den Hochgrimming besichtigen wollten, vermisst. — Die seit 10 Tagen in **Admont** vermissten **Breslauer Touristen** sind noch nicht zurückgekehrt. Man glaubt, daß sie auf dem Sparsenfeld verunglückt sind.

Jansbrunn, 28. Juli. In Stegen bei **Bruneck** brach bei starkem Ostwinde **Großfeuer** aus. 5 Wohnhäuser und alle Nebengebäude sind abgebrannt. Das Feuer wurde durch spielende Kinder verursacht.

Paris, 28. Juli. Präsident **Fallières** begnabigte den zum Tode verurteilten Soldaten **Graby**, welcher am 15. Dezember 1909 die **Frau Couin**, die Witwe des früheren Präsidenten der Bank von Frankreich, ermordet hat, zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Odesa, 28. Juli. Seit gestern treten hier **Pestkrankungen** auf. Bis jetzt ereignete sich ein Todesfall. — Heute wurden zwei weitere Erkrankungen und ein Todesfall gemeldet.

Algier, 27. Juli. An der Küste wurde eine verschlossene Flasche aufgefunden, die einen Zettel mit der Mitteilung in deutscher Sprache enthielt, daß sich der **Hamburger Dampfer „König“** in Not befinde. Schiffsfahrtskreise glauben, daß es sich um den Dampfer „**König**“ der Deutschen Ostafrikalinie handelt, der nach **Marseille** bestimmt ist und **Sansibar** gegen den 20. Juli verlassen hat.

Panama, 28. Juli. Der neue peruanische Dampfer „**Qualaqa**“ ist vor der Küste von **Peru** verbrannt. Drei Matrosen sind umgekommen. Die Passagiere und die übrige Mannschaft wurden gerettet.

Familiennachrichten.

Geburten: Ein Knabe: **B. Karl Krauß**, Maschinenmeister. — **B. Wilhelm Hartmann**, Großh. Oberbuchhalter. — **B. Johannes Pfeiffer**, Kangleigehilfe. — **B. Karl Schnabel**, Großh. Revisor. — **B. Joseph Weber**, Rader. — **B. Walter Hayes**, Direktor. — Ein Mädchen: **B. Emil Großkopf**, Glasmalter. — **B. Joseph Veith**, Postschaffner. — **B. Karl Hettinger**, Magazinschreiber. — **B. Gustav Mosbach**, Kangleidiener. — **B. Leo Franz**, Lokomotivbeizer.

Todesfälle: **Samuel Reichenbacher**, Wirt, Ehemann. — **August B. Adolf Monninger**, Schlosser. — **Karl B. Peter Stort**, Zigarrenmacher. — **Barbara Drff**, Witwe. — **Klara B. Hermann Burger**, Bädermeister. — **Luisa B. Wilhelm Arion**, Heizer.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydro. vom 28. Juli 1910.

Zentraluropa bildet heute ein Gebiet hohen Druckes mit einem Kern über Schlesien. Das Wetter ist in Deutschland meist heiter und trocken; die Temperaturen sind im Steigen begriffen. Fläche Minima befinden sich über der Balkanhalbinsel und über Nordwestrußland. Die Depression, die gestern im Westen der britischen Inseln erschienen war, hat sich seitdem über Westeuropa ausgebreitet. Wahrscheinlich wird sie ihren Wirkungsbereich bald binnenwärts ausbreiten; es ist deshalb ein Umschlag zu vorwiegend trübem Wetter mit Gewitterregen zu erwarten, doch wird es vorerst noch warm bleiben.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 28. Juli, früh:

Biarriz halbbedeckt 19 Grad, **Nizza** halbbedeckt 15 Grad, **Trieft** wolkenlos 20 Grad, **Corona** bedeckt 18 Grad, **Perpignan** bedeckt 20 Grad, **Florenz** wolkenlos 18 Grad, **Rom** wolkenlos 17 Grad, **Cagliari** wolkenlos 21 Grad, **Brindisi** heiter 22 Grad, **Porto (Azoren)** bedeckt 24 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Witterung
27. Nachts 9 ^h 11.	753.1	15.0	9.9	78	ENE	heiter
28. Morgs. 7 ^h 11.	751.2	14.5	9.3	76	SE	wolfig
28. Mittags 2 ^h 11.	748.6	24.0	9.5	43	SE	h. bedeckt

Höchste Temperatur am 27. Juli: 19.9; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 10.8.

Niederschlagsmenge, gemessen am 28. Juli, 7^h früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 28. Juli, früh: **Schuster** in **el** 3.37 m, gefallen 8 cm; **Rehl** 4.00 m, gefallen 11 cm; **Maxau** 5.87 m, gefallen 11 cm; **Mannheim** 5.89 m, gefallen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: **Adolf Kersting**, Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in **Karlsruhe**.

Richtige Ernährung

ist für unsere Kinder von größter Wichtigkeit. Jede Mutter sollte sich daher über die Vorteile, die

MAIZENA

bei der Zubereitung von Kinder- und Krankenkost bietet, unterrichten. — Aerztlich empfohlen.

Hôtel **Genf** **NATIONAL**
Grösster Komfort der Neuzeit
Park — Tennis

Als angenehmes
Erfrischungs- und Stärkungsmittel
empfohlen 3.427.10.7

VOGESIA - Milch - Schokolade

Alleinige Fabrikanten:
Compagnie Française, L. Schaal & Co.
Straßburg i. E., Zorn- u. Würzmühle



Ausstellung
Bad. Volkskunst
veranstaltet vom Bad. Kunstgewerbeverein
im Kunstgewerbemuseum, Westendstr. 81 · Juli - 31. Okt.
Täglich geöffnet von 9 bis 6 Uhr, Sonntags 11 bis 5 Uhr
Eintrittspreis 50 Pfg. - 10 Karten 3 Mark.

Der Schuhwaren- Räumungs-Verkauf

mit **10 bis 33 1/3 %** Rabatt

auf die bisherigen Preise bietet ganz besonders
günstige Vorteile, da fast ausschließlich **tadel-
lose neue, moderne und solide**

Schuhe und Stiefel

zum Verkauf gelangen.

Haben Sie Interesse, noch gut und billig zu
kaufen, so besuchen Sie uns in den nächsten
Tagen

Verkauf nur gegen bar
Keine Auswahlendungen

Schuhhaus Bertolde

Kaiserstraße 76 Marktplatz

Fango - Kuranstalt

Friedrichsbad

3.887.2.2

Kaiserstrasse 136 KARLSRUHE Kaiserstrasse 136

Lokale Fango-Applikationen gegen Rheumatismus, Gicht, Neuralgien, Ischias, besonders wirksam zur Resorption alter Exsudate, namentlich bei chronischen Frauenkrankheiten.

Bekanntmachung.

Bei der heute gemäß dem Tilgungsplane vor dem Großh. Notar statt-
gehabten Ziehung der städtischen Anleihen von den Jahren 1884 und 1896 sind
als ordentliche Tilgungsquote pro 1910 folgende Partialobligationen gezogen
worden:

I. Vom Jahre 1884:

Lit. A Nr. 9, 56, 57 zu je 1000 Mark,
Lit. B Nr. 18, 66, 88, 93, 113 zu je 500 Mark,
Lit. C Nr. 17, 48, 80, 91 zu je 200 Mark,
Lit. D Nr. 3 zu je 100 Mark.

II. Vom Jahre 1896:

Lit. A Nr. 5 zu 2000 Mark,
Lit. D Nr. 8, 9, 10 zu je 200 Mark.

Darvon werden die beteiligten Obligationsinhaber mit dem Bemerken in
Kenntnis gesetzt, daß obenbezeichnete Obligationen auf 30. Dezember zur
Heimzahlung gekündigt werden und mit diesem Zeitpunkte die Verzinsung
aufhört.

Die Zahlung erfolgt in der letzten Woche des Monats Dezember d. J. bei
der Stadtkassendirektion dahier gegen Rückgabe der ausgelassenen Schuldver-
schreibungen, sämtlicher noch nicht verfallener Kupons sowie Talons. Die-
jenigen Inhaber hiesiger städtischer Obligationen, welche letztere bei unserer
Stadtkassendirektion einreichen, werden um nochmalige Bekanntgabe der
Obligationsnummern sowie Angabe der Litera und des Betrages ersucht.
Donauwörth, den 26. Juli 1910.

Der Gemeinderat:

J. B. Waltersberger.

Ripphan.

Stadtgartentheater

Karlsruhe.

Freitag den 29. Juli 1910:

Reiche Mädchen.

Operette in 3 Akten von Ferdinand
Stollberg. Musik von Johann Strauß.
Anfang 8 Uhr.

Dampfwaschanstalt

Friedrich Süpflé

Karlsruhe-Bulach. - Tel. 2446

Haushaltungswäsche, Hotelwäsche

Rasenbleiche, schonendste Behandlung.
Die Wäsche wird prompt abgeholt u. zuge-
stellt. Nach auswärtig franko gegen franko.
Verlangen Sie bitte Preisliste. B. 343.52.47

Bekanntmachung.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin
und Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin Luise haben gnädigst
geruht, als Beitrag zu der Sammlung zugunsten der durch Hochwasser
Beschädigten den Betrag von **10000 Mark** zu spenden.
Für diese hochherzige Entschliebung sprechen wir namens der Bedachten
unsern ehrerbietigsten und wärmsten Dank aus.

Der Landeshilfsausschuß.

Bürgerliche Rechtsstreite.
Bekanntmachung.
N. 230. Nr. 9013. Bühl. In dem
Konkursverfahren über das Vermögen
der Heinrich Reiling Ehefrau, Eina-
geb. Roth, Wittin zum deutschen
Kaiser in Bühl, ist Termin zur Ab-
nahme der Schlussrechnung und zur
Erhebung von Einwendungen gegen
das Schlussverzeichnis und zur Be-
schlußfassung der Gläubiger über die
nicht verwertbaren Vermögensstücke
bestimmt auf Samstag den 20. August
1910, vormittags 10 Uhr. Bühl, den
25. Juli 1910. Gerichtsschreiber
Gr. Amtsgerichts: Rönninger.

Konkursverfahren.
N. 272. Nr. 13 699. Donauwörth.
Über das Vermögen des Reinhard
Simon, Fahrradhändler hier, ist
heute am 27. Juli 1910, vormittags
1/2 12 Uhr, das Konkursverfahren er-
öffnet.
Der Rechtsanwalt Knoch hier ist
zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum
16. August 1910 bei dem Gerichte ein-
zumelden.
Es ist Termin anberaumt vor dem
diesseitigen Gerichte - Zimmer 10 -
zur Beschlußfassung über die Be-
haltung des ernannten oder die
Wahl eines anderen Verwalters, so-
wie über die Bestellung eines Gläu-
bigerausschusses und eintretenden-
falls über die in § 132 der Konkurs-
ordnung bezeichneten Gegenstände so-
wie zur Prüfung der angemeldeten
Forderungen auf
Freitag den 26. August 1910,
nachmittags 3 1/2 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in
Besitz haben oder zur Kon-
kursmasse etwas schuldig sind, ist
aufgegeben, nichts an den Gemein-
schuldner zu verabfolgen oder zu lei-
sten, auch die Verpflichtung anzulegen,
von dem Besitze der Sache und von
den Forderungen, für welche sie aus
der Sache abgeforderte Befriedigung
in Anspruch nehmen, dem Konkurs-
verwalter bis zum 16. August 1910
Anzeige zu machen.
Donauwörth, den 27. Juli 1910.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Förber.

Konkursverfahren.
N. 249. Nr. 11 120. Sickingen. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen der Firma Thomas Dreher
& Co., G. m. b. H. in Liquidation
in Badisch-Neuenfelden, wurde Ter-
min zur Prüfung der nachträglich an-
gemeldeten Forderungen bestimmt auf
Dienstag den 9. August 1910,
vormittags 10 Uhr,
vor Großh. Amtsgericht dahier.
Sickingen, den 20. Juli 1910.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Bruttel.

Konkursverfahren.
N. 250. Nr. 11 121. Sickingen. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Kaufmanns Emil Schnurr
in Sickingen wurde Termin zur
Prüfung der nachträglich angemel-
deten Forderungen bestimmt auf
Dienstag den 9. August 1910,
vormittags 11 1/2 Uhr,
vor Großh. Amtsgericht dahier.
Sickingen, den 20. Juli 1910.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Bruttel.

Konkursverfahren.
N. 251. Nr. 11 122. Sickingen. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Bierbrauers Max Schnurr
in Sickingen wurde Termin zur Prü-
fung der nachträglich angemeldeten
Forderungen bestimmt auf
Dienstag den 9. August 1910,
vormittags 11 1/2 Uhr,
vor Großh. Amtsgericht dahier.
Sickingen, den 20. Juli 1910.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Bruttel.

Konkursverfahren.
N. 252. Nr. 11 123. Sickingen. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen der Firma Schnurr & Degler
in Liquidation in Sickingen wurde
Termin zur Prüfung der nachträglich
angemeldeten Forderungen bestimmt
auf
Dienstag den 9. August 1910,
vormittags 11 Uhr,
vor Großh. Amtsgericht dahier.
Sickingen, den 20. Juli 1910.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Bruttel.

Bekanntmachung.

Aus der von Reichshofen Stif-
tung sind die Genuße III und V mit
je 514 M. 20 Pf. zu vergeben.
Stiftungsberechtigt sind
zu Genuß III:

1. Angehörige, mit guten Sitten-
zeugnissen versehene arme katho-
lische Eheleute aus den Orten
Weierdingen und Binningen,
nach diesen
 2. Angehörige anderer Höhgau-Mit-
terorte und in Ermangelung
dieser
 3. Untertanen des Großherzogtums
überhaupt.
- Die Bedachten erhalten den Stif-
tungsgenuß auf Vorlage des Trau-
scheinens der Standesbeamten und
eines Zeugnisses ihres Pfarrers, daß
sie durch ihn eine heilige Messe für
den sel. Stifter lesen lassen und
selbst die heilige Kommunion emp-
fangen haben.
- Zu Genuß V:
1. Höhgauische arme Adelige ohne
Unterschied des Geschlechts.
Sollten sich keine melden:
 2. Andere arme Adelige des Groß-
herzogtums und vorgzugsweise
jene, welche eine Verwandtschaft
mit einer höhgauischen adeligen
Familie nachzuweisen vermögen.
Die Gesuche sind mit Zeugnissen
und den erforderlichen Nachweisen
belegt, binnen 3 Wochen bei uns ein-
zureichen.
Konstanz, den 24. Juli 1910.
Großh. Verwaltungsrat der Diözesan-
stiftungen.
Dr. Gross.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Amte ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der geregelten Vergütung sofort
zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich
unverzüglich melden.
Mosbach, den 27. Juli 1910.
Großh. Bezirksamt.
Dörle.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Gericht ist eine
Schreibgehilfenstelle
auf 1. August l. J. zu besetzen. Jah-
resvergütung 700 M. nebst Schreib-
gebühren.
N. 247.2
Bewerber wollen sich sofort melden.
Stadach, den 25. Juli 1910.
Großh. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Umdeckung von Dachflächen am
Aufnahmgebäude in Mannheim-
Neudorf soll nach der Verordnung des
Großh. Ministeriums der Finanzen
vom 3. Januar 1907 öffentlich ver-
geben werden.
N. 263.2.1
Das Bedingnisheft und die Ange-
botsordrude, die nicht nach auswärts
versandt werden, liegen auf unserem
Hochbauamt, Große Mergelstraße
Nr. 7, 1. Stod. links, während den
üblichen Geschäftsstunden auf, wo auch
die Angebotsordrude zum Einlegen
der Einzelpreise kostenfrei erhoben
werden können. Die Angebote sind
spätestens bei der öffentlichen Ver-
bindungsverhandlung am 5. August
d. J. vormittags 10 Uhr, verschlossen,
porto- und mit der Aufschrift
"Dachdeckerarbeiten" auf Station
Neudorf" versehen, bei uns einzu-
reichen.
Zuschlagsfrist acht Tage.
Mannheim, den 26. Juli 1910.
Großh. Bauinspektion.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Amte ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der geregelten Vergütung sofort
zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich
unverzüglich melden.
Mosbach, den 27. Juli 1910.
Großh. Bezirksamt.
Dörle.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Amte ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der geregelten Vergütung sofort
zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich
unverzüglich melden.
Mosbach, den 27. Juli 1910.
Großh. Bezirksamt.
Dörle.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Amte ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der geregelten Vergütung sofort
zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich
unverzüglich melden.
Mosbach, den 27. Juli 1910.
Großh. Bezirksamt.
Dörle.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Amte ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der geregelten Vergütung sofort
zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich
unverzüglich melden.
Mosbach, den 27. Juli 1910.
Großh. Bezirksamt.
Dörle.

Lieferung von Pflastersteinen aus Granit.

Die Lieferung von 1400 qm Granit-
Kleinpflaster und 500 qm Granit-
plattenpflastersteine sollen nach der
Verordnung des Großh. Ministeriums
der Finanzen vom 3. Januar 1907
öffentlich vergeben werden.
Die Bedingungen, die gegen die
porto- und bestellgeldfreie Einfindung
einer Gebühre von 1 M. „einer
Mantel“ auch nach auswärts ver-
sandt werden, liegen auf unserer
Kanzlei in den üblichen Dienst-
stunden auf. Die Angebote sind
spätestens bis zur öffentlichen Ver-
bindungsverhandlung am 4. August
1910, vormittags 11 Uhr, verschlossen,
porto- und mit der Aufschrift
„Granitpflastersteine“ versehen, bei
uns einzureichen. Später eintreffende
Angebote werden nicht berücksichtigt.
Für den Zuschlag bleibt eine Frist
von 14 Tagen vorbehalten. N. 264.2.1
Mannheim, den 25. Juli 1910.
Großh. Bauinspektion.

Bekanntmachung.

Aus der von Reichshofen Stif-
tung sind die Genuße III und V mit
je 514 M. 20 Pf. zu vergeben.
Stiftungsberechtigt sind
zu Genuß III:

1. Angehörige, mit guten Sitten-
zeugnissen versehene arme katho-
lische Eheleute aus den Orten
Weierdingen und Binningen,
nach diesen
 2. Angehörige anderer Höhgau-Mit-
terorte und in Ermangelung
dieser
 3. Untertanen des Großherzogtums
überhaupt.
- Die Bedachten erhalten den Stif-
tungsgenuß auf Vorlage des Trau-
scheinens der Standesbeamten und
eines Zeugnisses ihres Pfarrers, daß
sie durch ihn eine heilige Messe für
den sel. Stifter lesen lassen und
selbst die heilige Kommunion emp-
fangen haben.
- Zu Genuß V:
1. Höhgauische arme Adelige ohne
Unterschied des Geschlechts.
Sollten sich keine melden:
 2. Andere arme Adelige des Groß-
herzogtums und vorgzugsweise
jene, welche eine Verwandtschaft
mit einer höhgauischen adeligen
Familie nachzuweisen vermögen.
Die Gesuche sind mit Zeugnissen
und den erforderlichen Nachweisen
belegt, binnen 3 Wochen bei uns ein-
zureichen.
Konstanz, den 24. Juli 1910.
Großh. Verwaltungsrat der Diözesan-
stiftungen.
Dr. Gross.

Bekanntmachung.

Aus der von Reichshofen Stif-
tung sind die Genuße III und V mit
je 514 M. 20 Pf. zu vergeben.
Stiftungsberechtigt sind
zu Genuß III:

1. Angehörige, mit guten Sitten-
zeugnissen versehene arme katho-
lische Eheleute aus den Orten
Weierdingen und Binningen,
nach diesen
 2. Angehörige anderer Höhgau-Mit-
terorte und in Ermangelung
dieser
 3. Untertanen des Großherzogtums
überhaupt.
- Die Bedachten erhalten den Stif-
tungsgenuß auf Vorlage des Trau-
scheinens der Standesbeamten und
eines Zeugnisses ihres Pfarrers, daß
sie durch ihn eine heilige Messe für
den sel. Stifter lesen lassen und
selbst die heilige Kommunion emp-
fangen haben.
- Zu Genuß V:
1. Höhgauische arme Adelige ohne
Unterschied des Geschlechts.
Sollten sich keine melden:
 2. Andere arme Adelige des Groß-
herzogtums und vorgzugsweise
jene, welche eine Verwandtschaft
mit einer höhgauischen adeligen
Familie nachzuweisen vermögen.
Die Gesuche sind mit Zeugnissen
und den erforderlichen Nachweisen
belegt, binnen 3 Wochen bei uns ein-
zureichen.
Konstanz, den 24. Juli 1910.
Großh. Verwaltungsrat der Diözesan-
stiftungen.
Dr. Gross.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Amte ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der geregelten Vergütung sofort
zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich
unverzüglich melden.
Mosbach, den 27. Juli 1910.
Großh. Bezirksamt.
Dörle.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Amte ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der geregelten Vergütung sofort
zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich
unverzüglich melden.
Mosbach, den 27. Juli 1910.
Großh. Bezirksamt.
Dörle.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Amte ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der geregelten Vergütung sofort
zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich
unverzüglich melden.
Mosbach, den 27. Juli 1910.
Großh. Bezirksamt.
Dörle.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Amte ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der geregelten Vergütung sofort
zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich
unverzüglich melden.
Mosbach, den 27. Juli 1910.
Großh. Bezirksamt.
Dörle.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Amte ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der geregelten Vergütung sofort
zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich
unverzüglich melden.
Mosbach, den 27. Juli 1910.
Großh. Bezirksamt.
Dörle.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Amte ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der geregelten Vergütung sofort
zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich
unverzüglich melden.
Mosbach, den 27. Juli 1910.
Großh. Bezirksamt.
Dörle.

Bekanntmachung.

Bei diesseitigem Amte ist die Stelle
eines

Kanzleihilfen

mit der geregelten Vergütung sofort
zu besetzen.
Gelegene Bewerber wollen sich
unverzüglich melden.
Mosbach, den 27. Juli 1910.
Großh. Bezirksamt.
Dörle.

Süddeutscher - Oesterreichisch- Ungarischer Eisenbahn- verband, Teil II, Heft 4.

Mit Gültigkeit vom 10. August
1910 werden im Ausnahmestufe 45
(Abteilung II und III) für den Ver-
kehr von Kempten nach Peters-
hausen i. Baden Frachtsätze einge-
führt, deren Höhe aus unserem Tarif-
anzeiger ersicht und bei den betei-
ligten Abfertigungsstellen erfragt wer-
den kann.
Karlsruhe, den 26. Juli 1910.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatseisenbahnen.

Badisch - Württembergischer Tiertarif.

Mit Gültigkeit vom 15. August
1910 wird die Station Gutmadingen
in den Tarif einbezogen und die
Station Kirchland für den Ge-
samverkehr eröffnet.
Auf den gleichen Zeitpunkt wird für
die Station Stuttgart-Unterlief-
heim eine Entfernung zum Schnitt-
punkt Fischbach (Kluffern) Grenze
eingeführt.
Näheres kann aus unserem Tarif-
anzeiger ersicht und bei den betei-
ligten Abfertigungsstellen erfragt
werden.
Karlsruhe, den 26. Juli 1910.
Großh. Generaldirektion der
Badischen Staatseisenbahnen.

Südniedersächsischer Güterverkehr.

Mit Gültigkeit vom 1. August 1910
wird der Nachtrag IV zum Tarif-
heft 1 (Verkehr mit Baden) aus-
gegeben.
Er enthält Entfernungen und
Frachtsätze für die neu aufgenommene
Station Bergshausen i. Baden sowie
Änderungen und Ergänzungen des
Saupttarifs und kann durch Vermitt-
lung der Verbandsstationen und
unseres Verkehrs-Bureaus käuflich be-
zogen werden.
Karlsruhe, den 26. Juli 1910.
Großh. Generaldirektion
der Badischen Staatseisenbahnen.